

Die fragilen Ampel-Haushaltsplanungen zum Zwei-Prozent-Ziel der Nato

## Halbherzige Zeitenwende

Es sieht nach einer Potemkinschen Zeitenwende aus. Das 2023 in Vilnius als Mindestforderung beschlossene Zwei-Prozent-Ziel vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) für Verteidigung, davon 20 Prozent für Großgeräte-Beschaffung, steht in Deutschland auf unsicherem Fundament. Angesichts der Ausrüstungsmängel und der Personalprobleme der Bundeswehr sowie der von Generalinspekteur Carsten Breuer geäußerten Gefahr, Rußland habe ab 2029 Fähigkeiten zu einem Angriff auf Nato-Gebiet, ist die Höhe des Wehrbudgets als hochgradig fahrlässig zu werten. Rentenzuschüsse (116,3 Milliarden Euro) oder Bürgergeld (26,5 Milliarden Euro) mit Mehrausgaben im Zeitraum 2019 bis 2024 von 35 Prozent scheinen dem Wohl des Volkes näher zu liegen als dessen militärische Sicherheit mit nur plus sechs Prozent (JF 29/24).



von  
Dirk Meyer

„Es fehlen im Wehretat etwa 25 Milliarden Euro pro Jahr – zusätzlich zu des Kaisers neuen Kleidern.“

Formal wurde das Nato-Ziel nach 1,5 Prozent (2020–22) und 1,6 Prozent (2023) dieses Jahr mit 2,15 Prozent des BIP bei Verteidigungsausgaben von 90,6 Milliarden Euro erstmalig erfüllt. Zumindest auf dem Papier: Verteidigung (Einzelplan 14) 52 Milliarden Euro, Sondervermögen (besser: Sonderschulden) Bundeswehr 19,8 Milliarden Euro, Ertüchtigung von Partnerstaaten im Bereich der Verteidigung (insbesondere Ukrainehilfe) 7,5 Milliarden sowie eine nicht erklärte Differenz von 11,4 Milliarden Euro. Letztere setzt sich aus Verwendungen anderer Teile des Bundeshaushalts zusammen, die zur Verteidigungsfähigkeit beitragen sollen – wie, das bleibt intransparent. Damit entsteht der Verdacht, daß mit nicht nachvollziehbaren Ausgaben (13 Prozent des Wehretats) der Verteidigungsbegriff immer weiter gefaßt wird, um ein Sicherheitsgefühl vorzuspiegeln. Sodann finanziert das „Sondervermögen“ Ausgaben, die nur schwer

die deutsche Wehrhaftigkeit steigern, so Zinszahlungen in Höhe von 775 Millionen Euro für die dafür aufgenommenen Kredite. Auch wurden hieraus Ersatzbeschaffungen in Höhe von 520 Millionen Euro für im Vorjahr an die Ukraine gelieferte Ausrüstung gebucht, obwohl „die Mittel des Sondervermögens der Finanzierung von Ausrüstungsvorhaben der Bundeswehr dienen“ sollen. Zudem erfolgt eine Doppelzählung, wenn sowohl die Lieferungen aus den Bundeswehrbeständen an die Ukraine wie auch die Ersatzbeschaffungen auf das Zwei-Prozent-Ziel angerechnet werden. Gleiches gilt für den „Ringtausch“, durch den Panzer an Griechenland und die Slowakei geliefert werden, die diese Länder zuvor an die Ukraine abgegeben haben. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW-Kurzbericht 52/24) erreicht der Wehretat 2024 ohne diese „Sonderbuchungen“ nur 1,83 Prozent des BIP.

Der Einzelplan 14 Verteidigung enthält auch Versorgungsleistungen für ehemalige Soldaten in Höhe von 5,8 Milliarden Euro, Pensionszahlungen und Beihilfen für Ex-Mitglieder des Verteidigungsministeriums in Höhe von 1,8 Milliarden Euro, Personal- und Sachkosten des Ministeriums in Höhe von 303 Millionen Euro sowie die Ausgaben für die Bundeswehr-Unis in Höhe von geschätzten 250 Millionen Euro. Damit schrumpft der Etat auf 1,74 Prozent des BIP. Zieht man außerdem die nicht erklärte Differenz von 11,4 Milliarden Euro sowie die Ukrainehilfe von 7,5 Milliarden ab, so verbleiben nur noch 1,53 Prozent des BIP für die deutsche Verteidigung im eigentlichen Sinne. Spätestens 2027 ist das Sondervermögen aufgebraucht. Dann fehlen außerdem etwa 25 Milliarden Euro pro Jahr – zusätzlich zu des Kaisers neuen Kleidern.

FDP-Präsidiumsbeschuß „Fahrplan Zukunft – Eine Politik für das Auto“

## Rechts überholen

Von Jörg Fischer

Jahrelang war die AfD die einzige Parlamentspartei, die in der medial geschürten Klimapanik den Pkw, den Verbrennungsmotor und die Autofahrer tapfer verteidigte. Doch die Wählermehrheit glaubte den Irrsinn von Greta und Luisa, und die teuren Schikanen der Politik auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und EU-Ebene nahmen rücksichtslos zu. Vor der Europawahl griff dann das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) Autofahrerinteressen auf. Auch Union, FDP und Freie Wähler (FW) versprachen ein Umdenken – zusammen kamen die „Autofahrerparteien“ auf 60 Prozent.

Angesichts der absehbaren Wahlpleite in Sachsen, Thüringen und Brandenburg versucht die FDP mit ihrem Präsidiumsbeschuß „Fahrplan Zukunft – Eine Politik für das Auto“, die AfD rechts zu überholen: mit einem „deutschlandweiten Flatrate-Parken, ähnlich dem digitalen 49-Euro-Ticket“, dem Verbot der „vollständigen Sperrung von Straßen aus ideologischen Gründen“ oder dem Autoführerschein ab 16. Das Stoppen der „EU-Pläne zur Stilllegung von Diesel-Autos“ und die Ablehnung der „überflüssigen ordnungsrechtlichen Maßnahme des CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwertes für Neuwagen“ ist

AfD pur – doch mit wem will die hinter der Brandmauer verschwundene FDP das durchsetzen? Die Ampel-Partner schäumen und wollen das Gegenteil – nicht nur beim Tempolimit auf Autobahnen. Selbst die CSU will nicht mitmachen: „Genauso plump, wie die Grünen den Autoverkehr bekämpfen, ist der FDP-Plan für mehr Autos in den Innenstädten. Beides funktioniert so nicht“, ätzte Unionsfraktionsvize Ulrich Lange in der Welt.

Der längst dem woken Klimanarrativ verpflichtete ADAC sieht „Pull-Effekte für Pkw“, die Politik müsse statt dessen dazu beitragen, den Klimaschutz zu stärken und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Und neue Fahrradstraßen würden helfen, „die Verkehre stärker zu trennen und so die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden zu erhöhen“. Auch Konzernmanager segeln weiter im grünen Zeitgeist: BMW-Produktionsvorstand Milan Nedeljkovic verlangte im Münchner Merkur für E-Autos den „privilegierten Zugang zu Innenstädten“, kostenlose Parkmöglichkeiten und eine eigene Autobahnspur: „Würde man im Stau stehend dauernd von E-Autos überholt, würden sich viele sicherlich überlegen, ob sie nicht doch umsteigen.“



Bau einer Öl- und Gasplattform von Saudi Aramco in Tsingtau/China: Nur der Westen erwartet einen Verbrauchsrückgang

## Lichtblicke im Aktienmarkt

Wirtschaftsprognosen: Überstandener Börseneinbruch und kommende Zinsentscheidungen

THOMAS KIRCHNER

Der Aktienmarkt schwankt zwischen Euphorie über US-Zinssenkungen und Panik vor einer Rezession – wobei beides Hand in Hand geht (JF 33/24). Anfang des Jahres erwarteten Beobachter noch sieben Zinssenkungen, was kontinuierlich auf nur eine einzige schrumpfte. Dann kamen die Arbeitsmarktzahlen Ende Juli, die den Yen-Crash auslösten. Jetzt erwarten viele eine Sondersitzung der Zentralbank Fed samt einer nicht turnusmäßigen Zinssenkung. Kompliziert wird eine Zinsentscheidung durch die US-Präsidenten- und Kongresswahlen am 5. November: In der Vergangenheit vermied die Fed Zinsschritte kurz vor Wahlen, um nicht den Eindruck politischer Parteinahme zu erwecken. Die Statistiken weisen nach wie vor starkes US-Wachstum aus: real 2,8, nominal 5,8 Prozent im zweiten Quartal. Übersehen wird dabei, daß dieses Wachstum auf Kosten eines Konjunkturprogramms geht, wie man es in Friedenszeiten noch nie gesehen hat. Joe Biden fährt ein Haushaltsdefizit von sieben Prozent. Daß dabei nur ein mickriges Wachstum von weniger als dem Schuldenzuwachs herauskommt, ist kein Zeichen von Stärke.

Gute Wachstumswahlen und trotzdem schlechte Stimmung

Dazu kommen wachsende soziale Spannungen: Besserverdienende haben von der fiskalischen Expansion unter Bidenomics profitiert, während niedrige Einkommen mit den spürbar höheren Lebenshaltungskosten nicht mithalten können. Hinweise darauf finden sich schon länger in den Quartalsergebnissen von Unternehmen. Der Einzelhandelsmarktführer Walmart bemerkte einen deutlichen Kaufrückgang bei niedrigen Einkommen, konnte seine Umsätze aber trotzdem halten, weil höhere Einkommen verstärkt zum Discounter gehen.

Fed-Chef Jerome Powell betonte monatelang, sich nur von Daten leiten zu lassen. Jetzt sitzt er in der Datenfalle. Das Wachstum ist stark und die Inflation, die im Juni bei drei Prozent lag, scheint im Juli wieder leicht zugelegt zu haben. Doch die Arbeitsmarktzahlen deuten auf künftig geringeres Wachstum hin und würden eine Zinssenkung

rechtfertigen. Kommt die zu spät, wird Powell für die Rezession verantwortlich gemacht, die sich bereits eingestellt hat, glaubt man der Sahn-Regel. Die ehemalige Fed-Mitarbeiterin Claudia Sahn postulierte 2019, eine Rezession setze ein, sobald der Dreimonatsdurchschnitt der Arbeitslosigkeit um 0,5 Prozent über ihrem Tiefstand der vergangenen zwölf Monate steigt. Dies war im Juli der Fall, und Stagflation ist jetzt ein Risiko.

Dazu kommt ein zunehmender Konsens, daß die Statistiken des US-Arbeitsministeriums (Bureau of Labor Statistics/BLS) zu optimistisch sind. Anzeichen dafür gibt es schon länger, denn alternative Datenquellen, wie Anträge auf Arbeitslosengeld der Bundesstaaten oder Zahlen privater Gehaltsabrechnungsstellen, legen eine Wende auf dem Arbeitsmarkt schon im zweiten Halbjahr 2023 nahe. Die BLS-Daten durchlaufen vor Veröffentlichung statistische Modelle, die beispielsweise Firmengründungen und -schließungen theoretisch erfassen sollen, in der Praxis aber nicht immer richtigliegen. Laut Schätzungen von Analysten von Bloomberg könnten so bis zu einer Million Arbeitsplätze statistische Phantome sein. Das wäre, neben den Lebenshaltungskosten, eine weitere Erklärung für die Diskrepanz zwischen den guten Wachstumswahlen und der schlechten Stimmung.

Für den Aktienmarkt stellt sich die Frage, ob eine Zinssenkung ausreichen wird, die negativen Folgen einer schwachen Wirtschaft auszugleichen. Angesichts der hohen Bewertung des Marktes kann man das bezweifeln. Noch ist nicht klar, ob das Marktchaos von Anfang August nur die Folge des dünnen Sommerhandels ist – viele Entscheidungsträger sind im Urlaub – oder ob die Märkte grundsätzlich stärker auf Schwankungen der US-Wirtschaft reagieren. Ein Problem bleiben die hohen Bewertungen der Technologieaktien und daß nur sieben Werte einen großen Teil des Wertzuwachses des S&P-500-Aktienindex in diesem Jahr ausmachen.

Doch es gibt auch erfreuliche Zahlen: Von Rohstoffen droht keine Inflation. Sie haben in diesem Jahr stark geschwankt und sahen zeitweise inflationstreibend aus. Kupfer war im Mai auf einen neuen Rekord gestiegen, ist inzwischen aber wieder auf das Niveau des Vorjahres gesunken. Auch Öl ist trotz der Nahostkrisen schwach. Öl-Aktien sind einer der Lichtblicke des Aktienmarkts. Trotz eines unspektakulären Ölpreises steigen die Gewinne der Branche. 124,2 Milliarden Dollar an Dividenden wird der Ölkonzern Saudi Aramco in diesem Jahr

an seine Anleger ausschütten, das ist zu 97 Prozent der saudische Staat. Die fünf großen westlichen „Superkonzerne“ zusammen (ExxonMobil, Chevron, Shell, TotalEnergies, BP) dürften in diesem Jahr auf einen ähnlichen Betrag kommen, nach 113 Milliarden im Vorjahr.

Öl-Aktien wurden für viele Anleger interessanter als Technologiewerte

Aramco-Chef Amin Nasser wiederholte in der Pressekonferenz die schon länger von der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) thematisierte steigende Nachfrage, getrieben durch die Märkte „östlich von Suez“. In diesem Jahr wird die weltweite Nachfrage auf 104,7 Millionen Barrel täglich steigen, 2025 auf 106 Millionen. 2023 waren es noch 101,7 Millionen. Die Welt verarbeite mehr Öl zu Chemikalien, „um die Energiewende zu unterstützen. Man braucht viel Kohlefaser für Solarmodule. Man braucht viele Chemikalien.“ Und weiter: „Wir schätzen, daß zwischen 2019 und 2024 China soviel Produktionskapazität für Propylen zugebaut hat, wie früher in Europa, Japan und Südkorea zusammen bestand.“

Die Ölbranche steht vor dem Dilemma, daß die Öffentlichkeit im Westen einen Rückgang des Verbrauchs erwartet, die in Asien hingegen mehr Öl sehen möchte, dies aber nicht durch Klimakleber vermitteln kann. Denkbar ist deshalb, daß sich die Unterinvestitionen der letzten zehn Jahre fortsetzen und die Gewinne der Konzerne auf immer neue Rekorde steigen. Angesichts ihrer günstigen Bewertung sind Öl-Aktien für viele Anleger interessanter als Technologiewerte, deren hohes Wachstum mit extrem hohen Bewertungen einhergeht.

Einer Umfrage von Bloomberg zufolge werden für die EZB bis Ende 2025 sechs Zinssenkungen erwartet. Die nächste in den USA wird mit Spannung erwartet. Die nächste öffentliche Rede Jerome Powells steht für den 23. August beim jährlichen Gipfel der Zentralbanken in Jackson Hole im Kalender. Bis dahin werden die Inflationszahlen für Juli bekannt sein. Kommen die wie erwartet mit drei Prozent oder besser, könnte Powell Zinssenkungen signalisieren.

Ölpreis- und Verbrauchsprognosen der Opec:  
► [opec.org/opec\\_web/en/publications/340.htm](https://www.opec.org/opec_web/en/publications/340.htm)  
► [www.bls.gov/bls/newsrels.htm](https://www.bls.gov/bls/newsrels.htm)



Die JF stellt ein

# Wir haben viel vor. Mit Ihnen.

[jf.de/stellenangebote](https://jf.de/stellenangebote)

Chance nutzen –  
jetzt  
bewerben

Arbeiten Sie in einer der spannendsten Redaktionen der Hauptstadt. Was Sie erwartet? Interessante Aufgaben und Kollegen. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

**WIR SUCHEN AB SOFORT**

- Redakteur/-in für Print und Online
- Werkstudent/-in Marketing & Kommunikation

Weitere Informationen unter: [jf.de/stellenangebote](https://jf.de/stellenangebote)  
Telefonische Rückfragen unter: 030-86 4953 - 88



**JUNGE FREIHEIT**  
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.